

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

„Campus für Demokratie“ in Lichtenberg auf den Weg bringen
Drucksachen 18/0916 und 18/0916-1

Der Senat von Berlin
StadtWohn IV B 44
Tel.: 90139-4864

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

-zur Kenntnisnahme -

über

„Campus für Demokratie“ in Lichtenberg auf den Weg bringen

- Drucksachen Nrn. 18/0916 und 18/0916-1

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 22.03.2018 Folgendes beschlossen:

„Das Gelände der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit soll entsprechend dem Vorschlag des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu einem Ort der Erinnerung, des Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung werden.

Der Senat wird aufgefordert, zu diesem Zweck ein Standortmanagement einzurichten, das die Interessen der verschiedenen ansässigen Institutionen und der Eigentümer der Immobilien auf dem Campus bündelt, ein gemeinsames Konzept erarbeitet und die Umsetzung vorbereitet. Daneben soll die Werbung für den Ort und die Kennzeichnung der verschiedenen Gebäude verbessert werden.

Im Umfeld des Geländes soll an Haltestellen und Bahnhöfen auf das Gelände angemessen hingewiesen werden. In diesem Zuge soll geprüft werden, ob der Name des Bahnhofs Magdalenenstraße mit einer Unterzeile „Campus für Demokratie“ ergänzt werden kann.

Insbesondere für die im Eigentum des Landes Berlin befindlichen Flächen und Gebäude sollen durch das Standortmanagement die notwendigen Baumaßnahmen zur Umsetzung des Campus-Projektes vorbereitet werden.

Ein erster Bericht mit einem Vorschlag für das Standortmanagement und dessen Umsetzung soll zum 31. Mai 2018 vorgelegt werden.“

Hierzu wird berichtet:

Der Block der Zentrale des ehemaligen MfS ist ein Schlüsselbereich innerhalb des Stadtumbau- und Sanierungsgebiets Frankfurter Allee Nord und als besonderer Entwicklungsschwerpunkt ausgewiesen. Bis heute ist das Areal infrastrukturell untererschlossen und trotz seiner insgesamt günstigen und zentrumsnahen Lage schlecht zugänglich. Ein einheitliches Entwicklungskonzept für die vielfältigen Gebäude mit ihrer

heterogenen Eigentümer- und Nutzungsstruktur wird seit langem eingefordert. Die unbefriedigende Freiflächensituation, die überdimensionierte und unübersichtliche Anordnung der Stellplätze, der teilweise marode Zustand von Schlüsselimmobilien sowie Leerstand prägen die Atmosphäre.

Die Standortkonferenz, zu der die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, am 22.08.2017 eingeladen hatte, setzte ein deutliches Zeichen: Die Stagnation bei der Entwicklung des historisch bedeutenden Standorts rund um die Zentrale des ehemaligen MfS in Berlin Lichtenberg soll ein Ende haben. Öffentliche Einrichtungen und Verwaltungen wollen gemeinsam vorgehen, um der historischen Verantwortung für das Areal gerecht zu werden.

Leitbild „ Campus /Lernort für Demokratie“

Das vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Roland Jahn, entwickelte Leitbild eines Erinnerungsorts für die Diktatur der DDR und eines lebendigen „ Campus /Lernort für Demokratie“ hat bereits breiten Zuspruch erhalten. Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Expertenkommission hat empfohlen, die Stasi-Unterlagen unter dem Dach des Bundesarchivs dauerhaft zu sichern und zugleich das Areal rund um Normannen- und Magdalenenstraße mit einer „pluralen Nutzung“ weiterzuentwickeln. Das Archivgut soll nicht nur gesichert werden, sondern der breiten Öffentlichkeit zugänglich sein: Forschungs-, Informations- und Nutzungsinfrastruktur sowie unterschiedliche Ausstellungen sind wichtiger Bestandteil der angestrebten Entwicklungsziele. Die ehemals abgeriegelte „Stadt in der Stadt“ soll sich öffnen. Angesichts zunehmenden Flächenbedarfs ist es auch aus Sicht des Bundesarchivs zielführend, auf dem Gelände ein Archivzentrum für DDR-Bestände einzurichten, das nicht nur die derzeit zwischen zwei Standorten in Berlin verteilten Stasi-Unterlagen, sondern auch weitere DDR-bezogene Archivbestände des Bundesarchivs sowie die Bestände der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO) an einem Ort zusammenführt. Darüber hinaus bringt die Robert Havemann Gesellschaft, die seit einiger Zeit die Idee der Einrichtung eines „Zentrums für Opposition und Widerstand“ verfolgt, auch das Archiv der Opposition in der DDR an den Standort. Somit ist hier ein stadträumlich gut angebundener Forschungscampus geplant, der durch die Bündelung von Archivmaterial und seine nutzerfreundliche Ausgestaltung und stadträumliche Anbindung die Möglichkeiten für die DDR-bezogene Forschung nicht nur in einem wissenschaftlichen, sondern auch öffentlichkeitswirksamen Sinne erheblich verbessert. Dies ist eine einmalige Gelegenheit Repression, Revolution und Aufklärung der DDR-Vergangenheit an einem Ort zu vereinen und als Leuchtturmprojekt der Stadt Berlin und historisches Gedächtnis der Nation zu etablieren.

Weitere Schritte

Da die Gesamtnutzfläche des Areals von 175.000 m² durch die Archiv- und Erinnerungsnutzung nicht ausgeschöpft werden kann, ist dieses Leitbild im Entwicklungsprozess durch weitere verwandte Nutzungen aus den Bereichen Kultur, Bildung und Gewerbe anzureichern, die den Standort als „Campus für Demokratie“ weitergehend qualifizieren.

Folgende Schritte wurden im Laufe der Standortkonferenz am 22.08.2017 vereinbart:

- Initiierung einer Projektgruppe mit Vertretern und Vertreterinnen aller teilnehmenden Institutionen, Verwaltungen, Nutzer und Nutzerinnen und Eigentümerinnen
- 2018 Beauftragung eines Standortmanagements, das sich institutionsübergreifend für die Entwicklung dieses Standortes einsetzt, begleitet durch die Projektgruppe
- Öffentliche Veranstaltung zur Information aller Bürger und Bürgerinnen

Die Vergabe des Standortmanagements muss europaweit erfolgen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen- Abt IV - erarbeitet derzeit die Vergabeunterlagen. Die Auftragsbekanntmachung ist für die 22. Kalenderwoche (28.05.bis 01.06.2018) vorgesehen.

Unter Einhaltung aller vorgegebenen Zeiträume und Fristen kann eine Vergabeentscheidung in der 31. Kalenderwoche (30.07. bis 03.08.2018) gefällt werden.

Für das Standortmanagement sind bei Kapitel 1240, Titel 54010 Ausgaben in den Haushaltsjahren 2018 von 100.000 € und 2019 von 200.000 € veranschlagt (vgl. Nr. 12 der Erläuterungen).

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 5. Juni 2018

Der Senat von Berlin

Müller

.....

Regierender Bürgermeister

Lompscher

.....

Senatorin für
Stadtentwicklung und Wohnen